

POSITIONSPAPIER

FACHFORUM NACHHALTIGKEIT NRW

Zusammenhalt statt Hetze

Demokratie und Gerechtigkeit
als Rückgrat der Nachhaltigkeit



Demokratie braucht Diskurs

Unsere Demokratie lebt von einem gemeinsamen Diskurs über Herausforderungen und Lösungswege. Toleranz gegenüber anderen Meinungen ist dabei Teil der demokratischen Grundordnung. In einem verfassungsrechtlichen und respektvollen Rahmen muss Meinungsfreiheit ermöglicht und gleichzeitig Rassismus, Menschenfeindlichkeit und jeglicher Form der Diskriminierung mit Nachdruck entgegengetreten werden.

Nordrhein-Westfalen, als bevölkerungsreiches und migrationsgeprägtes Bundesland, hat eine lange Tradition, viele verschiedene Lebenseinstellungen und Kulturen zu vereinen. Dass Vielfalt eine Stärke ist, die Systeme widerstandsfähiger und agiler macht und Schmiedefeuer für neue Ideen sein kann, beweist das Land NRW durch seine Wirtschafts- und Innovationskraft tagtäglich. Mit seiner vielfältigen Gesellschaft hat unser Land das Potenzial, eine Vorbildfunktion für ein friedliches und inklusives Miteinander einzunehmen und der jetzigen negativen Entwicklung entschieden entgegenzutreten.

Das Fachforum Nachhaltigkeit NRW als Bündnis führender nordrhein-westfälischer Nichtregierungsorganisationen

(NROs) schaut mit Sorge auf die aktuellen gesellschaftspolitischen Entwicklungen und Polarisierung. Mit dieser Positionierung macht sich das Fachforum stark für Demokratie, Zusammenhalt und die kommunale Umsetzung der Agenda 2030 als Gemeinschaftswerk.

Deshalb setzen wir uns als organisierte Zivilgesellschaft NRWs mit gemeinsamer Kraft für die folgenden Punkte ein:

1. Stellung beziehen und Vielfalt leben
2. Jetzt erst recht - mehr Engagement für die Zielerreichung
3. Niemanden zurücklassen bei einer gerechten Transformation
4. Unternehmen und Beschäftigte einbeziehen
5. Kommunen vor Ort mitgestalten
6. Stärkung der Zivilgesellschaft
7. Soziale Medien regulieren und Gegengewicht aufbauen

Stellung **1** beziehen und Vielfalt leben

Menschlichkeit und Wissen bilden das Fundament der Nachhaltigen Entwicklung, der wir uns als Zivilgesellschaft verpflichtet fühlen. Die Anerkennung der gesellschaftlichen Vielfalt, Respekt vor allen Menschen und die gemeinsame Lösungsorientierung sind dabei Leitbilder unseres Handelns. Mit unserer Ablehnung von Rechtspopulismus, Rassismus, Verfassung- oder Menschenfeindlichkeit sowie Antifeminismus gehen wir aktiv gegen die Ausgrenzung von Minderheiten und Verstöße gegen Menschenrechte vor und distanzieren uns ausdrücklich von rechtspopulistischen und rassistischen Ansichten.

Jetzt erst recht - **2**

mehr Engagement für die Zielerreichung

Eine effektive und schnelle Umsetzung der Sustainable Development Goals (SDGs), als globale Ziele für eine nachhaltige Entwicklung der Agenda 2030 der Vereinten Nationen, stärkt den gesellschaftlichen Zusammenhalt. In den verbleibenden fünf Jahren bis zur Zielmarke der Agenda 2030 gilt es das Engagement und die Beteiligung für die Zielerreichung der SDGs auf allen Ebenen zu intensivieren. Insbesondere die Ziele der sozialen Dimension - Hochwertige Bildung (SDG 4), Geschlechtergerechtigkeit (SDG 5), Weniger Ungleichheiten (SDG 10) und Frieden, Gerechtigkeit und starke Institutionen (SDG 16) - soll-

ten vor dem Hintergrund der aktuellen gesellschaftlichen Entwicklungen mit neuem Schwung und partizipativen Methoden verfolgt werden. Die Gleichstellung der Geschlechter ist ein Menschenrecht und verfassungsrechtlich verankert – sie ist zentrales Element einer vielfältigen, gerechten Gesellschaft, einer stabilen Wirtschaft, von Natur- und Umweltschutz und einer nachhaltigen Zukunftsgestaltung. Dafür bedarf es gleichberechtigte Repräsentanz und Teilhabe von Frauen in politischen und gesellschaftlichen Entscheidungsprozessen.

Nieman- den zurück- lassen **3** bei einer gerechten Transformation

“Leave no one behind” – “Niemanden zurücklassen” bildet den Leitsatz der Agenda 2030. Dafür braucht es ambitioniertes Engagement zur Bekämpfung von Armut und Hunger ebenso wie die Reduzierung von Ungleichheiten und Beendigung von Diskriminierung und Ausgrenzung, da diese den Grundsätzen der globalen Nachhaltigkeitsziele (Sustainable Development Goals / SDGs) fundamental entgegenstehen. Bei internationalen Verbündeten, der EU, in Bund, Land und Kommunen erleben wir aktuell einen erstarkenden Rechtspopulismus und Entwicklungen, in denen ein Gegenüber statt ein Miteinander zunimmt, Menschenrechte und wissenschaftliche Fakten infrage gestellt oder ignoriert werden und unsere Demokratie geschä-

digt wird. Deshalb setzen wir uns für starke demokratische Institutionen und gesellschaftlichen Zusammenhalt als Grundpfeiler für die Zielerreichung der SDGs ein. Für eine nachhaltige Transformation sind soziale Gerechtigkeit, Absicherung und eine mitentscheidende Beteiligung zentrale Instrumente zur Verringerung und Vermeidung sozialer Ungleichheiten. In Zeiten rasanten gesellschaftlichen Wandels, internationaler Konflikte und daraus resultierender erlebter Ohnmacht bedarf es ein Mindestmaß an sozialer Sicherheit, Teilhabe und Mitwirkung vor Ort, insbesondere auch in jenen Regionen, Orten und Branchen, die vom Strukturwandel besonders betroffen sind.

Unter- nehmen und Beschäftigte einbeziehen

4

Unternehmen benötigen als zentrale Akteure der sozial-ökologischen Transformation klare und konsistente Rahmenbedingungen zur Orientierung – für Nachhaltige Entwicklung im Allgemeinen sowie für Demokratie- und Diversitätsförderung im Besonderen. Gleichzeitig sollte die Wirtschaft selbst klare Haltung zeigen und mit ambitionierten und zukunftsorientierten Strategien als Vorreiterin vorausgehen hinsichtlich guter und fairer Arbeitsbedingungen, CSR, Geschlechtergerechtigkeit, Diversität oder Inklusion. Als Grundlage für eine demokratische Arbeitswelt sind Tarifver-

träge und betriebliche Mitbestimmung nicht verhandelbar, denn die Demokratie darf nicht am Werktor enden. Das dient nicht nur der Stärkung einer nachhaltigen und toleranten Gesellschaft, sondern ist auch langfristig mit Blick auf Resilienz und Fachkräftemangel wirtschaftlich sinnvoll. In neuen Bündnissen für Demokratie und Vielfalt sollten sich jetzt Zivilgesellschaft (NROs), Wissenschaft und Wirtschaft zusammenfinden und durch gemeinsame Antworten und Lösungswege einer weiteren gesellschaftlichen Spaltung entgegentreten.

Komm-**5** unen vor Ort mitgestalten

Die Kommunen haben eine entscheidende Bedeutung für die Umsetzung der Agenda 2030. Nur durch die Lokalisierung der Ziele und Umsetzung vor Ort können die spezifischen Bedürfnisse und Gegebenheiten berücksichtigt werden. Die Nähe zu den Bürger*innen auf kommunaler Ebene ermöglicht Beteiligung und gemeinschaftliche Entscheidungsfindung. Das geht mit vielen Chancen aber auch mit Verantwortung und Herausforderungen einher. Insbesondere misslungene Beteiligungsformate oder ungenutzte Ergebnisse lösen Frustration und Widerstand aus. Ganz

im Sinne einer „Netzwerkkommune“ sollten kooperative Planungsansätze als Teil von Strategieentwicklungs- und Umsetzungsprozessen stärker mitbedacht und umgesetzt werden. Eine gute, mitnehmende und mandatierte Partizipation, die auf die Schwarmintelligenz aller Stakeholder einer Kommunen setzt, schützt die Demokratie und macht sie stark gegen Anfeindungen. Hierfür müssen die Kommunen angemessen finanziell ausgestattet sein, um Leistungen und Infrastruktur mit und für die Bürgerinnen und Bürger zu planen und umzusetzen.

Stärkung der Zivilgesellschaft 6

Als zivilgesellschaftliche Organisationen setzen wir uns tagtäglich gemeinwohlorientiert für eine starke und offene Gesellschaft ein. Globale Verantwortung, soziale Gerechtigkeit, Natur- und Klimaschutz, Geschlechtergerechtigkeit oder Bildung sind dabei nur einige wenige der Bereiche, die wir in und für NRW bewegen. In der Vergangenheit hat sich die Zivilgesellschaft kritisch aber stets konstruktiv in gesellschaftspolitische Prozesse eingebracht und als verlässliche Partnerin mit Expertise hervorgetan. Doch mit wachsendem Rechtspopulismus, gesellschaftlicher Spaltung, Einschränkung der Menschenrechte und Leugnung wissenschaftlicher Zusammenhänge gerät auch die Zivilgesellschaft zunehmend unter Druck. Insbesondere zivilgesellschaftliche Organisationen, die sich aktiv für gesellschaftliche Vielfalt einsetzen, wie migrantische, feministische oder LGBTQ+ Vereine erleben teilweise offene Anfeindungen und benötigen Solidarität

und Unterstützung für ihre Arbeit. Es ist im Interesse unserer pluralen Gesellschaft, aktive Organisationen dabei zu unterstützen, demokratische Werte zu verteidigen und Aktivitäten gegen Antisemitismus, Rassismus und Hass gezielt zu unterstützen und sich gleichzeitig für eine sozial-ökologische Transformation, die alle Gesellschaftsschichten miteinbezieht, einzusetzen. Viele der im Fachforum Nachhaltigkeit NRW vereinten NROs richten sich bereits mit Angeboten und Projekten zur Demokratie, Toleranzförderung, Inklusion und Bildung für nachhaltige Entwicklung an die Gesellschaft. Mit einem Ausbau der Förderung für breitgefächerte Bildungsangebote können neue Zielgruppen erreicht werden. Um die Angebote für alle gesellschaftlichen Schichten interessant und sichtbar zu machen, sind gute Ideen im Bereich der Öffentlichkeitsarbeit, sowie finanzielle und personelle Ressourcen nötig.

7 Soziale Medien regulieren und Gegengewicht aufbauen

Die sozialen Medien werden diskursgestaltend und meinungsbildend eingesetzt - damit üben sie einen nicht zu unterschätzenden Einfluss auf Individuen sowie auf die gesamtgesellschaftliche Stimmung aus. Gezieltes Targeting auf individuelle Schwachstellen und die Verbreitung von Fake-News sind dabei an der Tagesordnung. Der Populismus, international wie national, bedient sich bewusst Social-Media-Strategien für Stimmungsmache und zur Verneblung und Verdrehung von Fakten. Entspre-

chend der klassischen Medien müssen durch staatliche Regulierung klare Spielregeln für die sozialen Medien definiert werden, damit rechter Hetze und der Verbreitung von Fake-News Grenzen gezogen werden können. Zudem bedarf es eines Gegengewichts im Verbund aus Wissenschaft und Zivilgesellschaft, das die Reichweite und Potenziale der sozialen Medien konstruktiv mit faktenbasierter Kommunikation für die Stärkung des gesellschaftlichen Zusammenhalts nutzt.

Impressum

MITZEICHNENDE ORGANISATIONEN UND INSTITUTIONEN DES FACHFORUMS NACHHALTIGKEIT NRW

- Behinderung und Entwicklungszusammenarbeit e.V. (bezev)
- Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland Landesverband Nordrhein-Westfalen e.V. (BUND NRW e.V.)
- Bündnis Kommunale Nachhaltigkeit Köln
- Collaborating Centre on Sustainable Consumption and Production gGmbH (CSCP)
- Deutscher Gewerkschaftsbund Bezirk Nordrhein-Westfalen (DGB NRW)
- Eine Welt Netz NRW e. V.
- Evangelischen Akademie im Rheinland
- Fairtrade Deutschland e.V.
- Förderverein für die Landesarbeitsgemeinschaft kommunaler Frauenbüros/ Gleichstellungsstellen Nordrhein-Westfalen e.V.
- Forum für Umwelt und gerechte Entwicklung e.V.
- FSI Forum für soziale Innovation gGmbH
- Germanwatch e.V.
- ILS – Institut für Landes- und Stadtentwicklungsforschung gGmbH
- Institut für Kirche und Gesellschaft der Evangelischen Kirche von Westfalen
- KölnAgenda e.V.
- komba gewerkschaft nrw e.V.
- Landesarbeitsgemeinschaft Agenda 21 NRW e.V.
- Landessportbund Nordrhein-Westfalen e.V.
- Landesverband der Volkshochschulen von NRW e.V.
- Landesverband Regionalbewegung NRW e.V.
- Naturschutzbund Deutschland (NABU) Landesverband Nordrhein-Westfalen e.V.
- netz.NRW – Verbund für Ökologie und soziales Wirtschaften e.V.
- ver.di - Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft Landesbezirk Nordrhein-Westfalen
- Verbraucherzentrale Nordrhein-Westfalen e.V.
- Verkehrsclub Deutschland (VCD) Landesverband Nordrhein- Westfalen e.V.
- Wissenschaftsladen Bonn e. V.

KOORDINATION

Landesarbeitsgemeinschaft Agenda 21 NRW e.V.
Deutsche Straße 10
44339 Dortmund

KONTAKT / V.I.S.D.P.

Dr. Klaus Reuter
0231 936960-0
info@lag21.de